Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12655**

18. Wahlperiode 02.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/9803 –

Den Holzbau und das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen stärken

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine nationale Holzbaustrategie für Hochbau und Ingenieurbau beispielweise nach schwedischem Vorbild aufzulegen, um insbesondere den Einsatz ökologischer Baustoffe im Neubau und bei energetischer Sanierung zu fördern, die Verwendung von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen zu forcieren, die Forschung im Bereich ökologischer Baustoffe zu stärken und den naturschutzverträglichen Anbau von nachwachsenden Bau- und Dämmmaterialien wirksam zu fördern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/9803 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara), Klaus Mindrup, Ralph Lenkert und Christian Kühn (Tübingen)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/9803** wurde in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Januar 2017 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine nationale Holzbaustrategie für Hochbau und Ingenieurbau beispielweise nach schwedischem Vorbild aufzulegen, um den Einsatz ökologischer Baustoffe im Neubau und bei der energetischen Sanierung zu fördern.

Außerdem soll die Bundesregierung eine Initiative für eine Musterbauordnung Holz starten und bei der Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) zusätzlich die Umweltauswirkungen zur Bereitstellung der sog. Grauen Energie bei der Herstellung von Bau- und Dämmstoff berücksichtigen. Im Rahmen einer Selbstverpflichtung soll die Bundesregierung sicherstellen, dass bei allen zukünftigen Neubauvorhaben bei mindestens 20 Prozent der konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendigen Bauteile, Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen eingesetzt werden.

Darüber hinaus soll die Subventionierung petrochemischer Kunststoffe und CO_2-intensiver Baustoffe durch verschiedene Maßnahmen abgebaut werden. Zusätzlich soll die Forschung im Bereich ökologischer Baustoffe gestärkt und ein Förderprogramm zur Finanzierung von Luftschadstoffmessungen und ggf. notwendigen Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand begleitend zur energetischen Sanierung aufgelegt werden.

Außerdem soll der Anbau nachwachsender Rohstoffe zur Herstellung von Baustoffen zukünftig bodenschonend gestaltet werden. Gleichzeitig soll die Bundesregierung sicherstellen, dass auch bei importiertem Holz strenge soziale und ökologische Standards sowie der Legalitätsnachweis beim Anbau und bei der Rodung eingehalten werden.

Des Weiteren soll die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass der gemeinsame Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten von 2007 lückenlos und nachweislich angewandt und der naturschutzverträgliche Anbau von nachwachsenden Bau- und Dämmmaterialien wirksam gefördert wird. Die Nutzung von ökologisch vorteilhaften Baustoffen soll auch in der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung von allen Bauberufen und im Architektur- und Bauingenieur-Studium besser verankert werden, wozu entsprechende Förder- und Forschungsprojekte des Bundes beitragen sollen.

Schließlich soll die Nutzung von ökologisch vorteilhaften Baustoffen auch in der Energieberatung durch entsprechende Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern vorangebracht werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 116. Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/9803 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 83. Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/9803 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/9803 in seiner 120. Sitzung am 31. Mai 2017 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Bundesregierung habe das Thema Holzbau in dieser Wahlperiode nicht weiter voran gebracht, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen entsprechenden Antrag mit klarer Zielrichtung eingebracht habe. Im Holzbau sei die schnelle und serielle Erstellung von Wohnbauten mit hohen technischen Standards möglich. Gleichzeitig habe das Bauen mit Holz auch klare klimaschutzpolitische Vorteile. Die Notwendigkeit von Veränderungen nicht nur beim Heizen, sondern auch beim Bauen habe der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen in seiner Studie sehr deutlich gemacht. Die Baubranche kämpfe jedoch mit erheblichen Hemmnissen in den Landesbauordnungen, vor allem in Bezug auf längst gelöste Probleme beim Brandschutz. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte eine Musterbauordnung Holz sowie eine nationale Strategie für den Holzbau. Insgesamt müsse mehr CO_2 eingespart werden, wobei auch die sogenannte graue Energie berücksichtigt werden müsse.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, das Thema Holzbau werde bereits seit Jahren immer wieder diskutiert, weil Holz eine Reihe von Vorzügen als Bau- und Brennstoff aufweise. Die Holzbautradition bestehe bereits seit Jahrhunderten und solle durch neue wissenschaftliche Erkenntnissen ergänzt werden. Holz sei ein wiederverwertbarer, nachwachsender Baustoff mit geringem Eigengewicht, der auch zur Konstruktion tragender Bauteile einsetzbar sei. Der Holzbau sei auch ein Teil des Klimaschutzplans 2050 und des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms II, in denen nachhaltigem Bauen die notwendige Beachtung geschenkt worden sei.

Allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass Holz nicht unbegrenzt verfügbar und das Weltklima nicht alleine mit dem Baustoff Holz zu retten sei. Bei aller Begeisterung für Holz müssten die unterschiedlichen nachwachsenden Rohstoffe weiterhin gleichberechtigt behandelt werden. Die Bundesregierung wurde um nähere Erläuterungen zu aktuellen Forschungsvorhaben im Themenfeld Holz gebeten

Die **Fraktion der SPD** zeigte sich erfreut über die Diskussion, weil zur Einsparung von Kohlendioxid in Gebäuden aus Sicht der Fraktion der SPD auch die im Baubereich verwendeten Stoffe und ihre Entstehung Beachtung finden müssten. Daher sei beim Deutschen Ressourceneffizienzprogramm II der Rohstoffverbrauch im Baubereich noch relevanter als der Energieverbrauch. Da Zement kein nachhaltiger Baustoff sei, müssten im Baubereich weltweit veränderte Technologien zum Einsatz kommen.

Im Antrag fehle der weltweit fortschrittlichste Cradle-to-Cradle-Ansatz, nach dem Gebäude zukünftig als Rohstoffbank genutzt und schon in der Bauphase auf den Einsatz wiederverwertbarer Baustoffe geachtet werden solle, wobei Holz eine wichtige Rolle einnehmen müsse.

Der Klimaschutzplan 2050 strebe als Ziel eine klimaneutrale Wirtschaft an, zu der auch das nachhaltige Bauen gehöre. Aus Sicht der Fraktion der SPD sei klar, dass dazu ein Klimaschutzgesetz erforderlich sei, welches nach einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit verabschiedet werden und auch Wege zum nachhaltigen Bauen aufzeigen müsse.

Das Gebäudeenergiegesetz als Nachfolger der Energieeinsparverordnung und dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz könnten dazu in der kommenden Wahlperiode einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei solle auch der ökologische Fußabdruck berücksichtigt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gebe in Deutschland noch immer zu viele Bedenken gegen den Baustoff Holz, weshalb ein Gesetz zur Förderung von Holzbauten sehr sinnvoll sei. Berücksichtige man beim Energieverbrauch von Gebäuden den gesamten Prozess von der Erstellung bis zur Entsorgung, dann steige die Bedeutung von Holz als Baustoff wesentlich an. In den deutschen Wäldern wachse mehr Holz nach als insgesamt eingeschlagen werde und ein Großteil des Holzes werde verbrannt, was verdeutliche, dass eine Kaskaden-Nutzung sinnvoll sei und durch ein Gesetz sichergestellt werden müsse. Außerdem müssten der Anbau und der Import geregelt werden, weil sonst vielfach nicht mehr auf heimische Hölzer zurückgegriffen werde. Bei der Planung von Holzbauten zeige sich immer wieder, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen das Bauen zwar nicht vollständig verhinderten, aber doch wesentlich erschwerten. Hier seien Vereinfachungen erforderlich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** (BMUB) erläuterte, im Zeitraum 2015 bis 2017 seien im Rahmen der Zukunftsinitiative Bau 10 Forschungsprojekte begonnen worden, die sich mit dem ganzen Themenfeld Holz beschäftigten. Dabei würden beispielsweise auch Fragen zur Statik oder zu notwendigen Eigenschaften neuer Holz- und Holzkombinationsprodukte beantwortet.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9803 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.